

Protokoll Nr. 2/2016 über die Sitzung Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, den 15. Februar 2016 um 14:00 Uhr im Ratssaal des Rathauses

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglieder CDU-Fraktion:

Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ausschussmitglied Uwe Heinemann - *bis einschl. TOP 5.1*
Beigeordneter Stephan Hellwig
Beigeordneter Helmut Möhle
Ausschussmitglied Günter Reuter

Mitglieder SPD-Fraktion:

Bürgermeister Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Peter Debring
Beigeordneter Karlheinz Föhlinger
Ausschussmitglied Howard Jacques

Mitglieder WBV-Fraktion:

Stellv. Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Ausschussvorsitzende Katja Breuer
Ausschussmitglied Erika Lach

Mitglieder Gruppe UWG/Grüne:

Beigeordneter Michael von den Berg
Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Dezernenten:

Stadtrat Oliver Leinert
Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung:

Julia Muth - Pressesprecherin/ Fachbereich 13

Insa Rogel - Fachbereich 13

Heike Hansemann - Leiterin Rechnungsprüfungsamt

Jörg Valnion - Fachbereichsleitung 20

Torben Müller - Fachbereich 20

Alexander Schröder - Stadtinspektoranwalt/ Fachbereich 20

Protokollführung:

Protokollführerin Nicole Libera-Matull - Fachbereich 20

Es fehlte entschuldigt:

Beigeordneter Michael Veh

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.01.2016
- 4 Vorlagen an den Rat:
 - 4.1 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Technische Betriebe Wilhelmshaven" (TBW) **10/2016**
 - 4.2 Zustimmung zur Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **18/2016**
 - 4.3 Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 24.02.2010 - "Verkauf Anteile JadeWeserAirport" **25/2016**
 - 4.4 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und CDU auf umgehende Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens zum Durchbau der "Neuen Friedenstraße" **502/2016**
 - 4.5 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und CDU zum Mietvertrag zwischen Stadt Wilhelmshaven (vertreten durch GGS) und dem Förderverein Ruscherei Altengroden e. V. **504/2016**
 - 4.6 Antrag der Gruppe UWG/Grüne auf Gewährung eines Personal- und Sachkostenzuschusses für die Selbsthilfekontaktstelle Wittmund-Wilhelmshaven **505/2016**
- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:
 - 5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKGVG durch den Verwaltungsausschuss **19/2016**
- 6 Angelegenheiten der Rechnungsprüfung: - keine -
- 7 Mitteilungen und Anfragen: - keine -

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.01.2016

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.01.2016 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Technische Betriebe Wilhelmshaven" (TBW) **10/2016**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

- Keine Wortbeiträge -

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die als Anlage beigefügte Eigenbetriebssatzung wird in der vorliegenden Form beschlossen.

4.2 Zustimmung zur Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **18/2016**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Valnion nahm Bezug auf die im November 2015 vom Rat beschlossene Änderung des Gesellschaftsvertrages. Gemäß dem geänderten Gesellschaftsvertrag seien die vom Oberbürgermeister für den Aufsichtsrat benannten Vertreter vom Rat zu bestätigen. Versehentlich sei die Besetzung der Gesellschafterversammlung nicht zeitgleich vorgelegt worden, was im März nachgeholt werde. Zeitlich verhalte sich das ganze unkritisch, da keine Themen vorliegen würden, die eine sofortige Gesellschafterversammlung erfordern.

Auf Anfrage von **Herrn Föhlinger** gab **Herr Oberbürgermeister Wagner** den Termin der nächsten vorgesehenen Aufsichtsratssitzung bekannt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Entsendung der folgenden nicht stimmberechtigten Vertreter der Stadt Wilhelmshaven in den Aufsichtsrat der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH zu:

Vertreterin des Rechtsamtes:	Marion Fiedelak
Vertreterin der Kämmerei: (Beteiligungsmanagement)	Tanja Harnisch

4.3 Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 24.02.2010 - "Verkauf Anteile JadeWeserAirport" **25/2016**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Föhlinger erkundigte sich, ob es sich dergestalt verhalte, dass die Gesellschaft zurzeit nur durch einen Geschäftsführer, der vom Landkreis Friesland bestellt sei, vertreten werde.

Herr Oberbürgermeister Wagner erklärte, dass der von der Stadt Wilhelmshaven gestellte Geschäftsführer von seinem Amt zurückgetreten und dementsprechend auf eigenen Wunsch abberufen worden sei. Ein Antrag auf Neubesetzung sei bisher nicht gestellt. Gleichwohl sei die Stadt mit ihren Interessen in der Gesellschaft vertreten, nicht jedoch momentan mit einem separaten Geschäftsführer.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven hebt den Ratsbeschluss vom 24.02.2010 „Verkauf Anteile JadeWeserAirport“ auf.

4.4 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und CDU auf umgehende Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens zum Durchbau der „Neuen Friedenstraße“ **502/2016**

Nachdem die Vorsitzende, **Frau Breuer**, den Tagesordnungspunkt aufgerufen hatte, stellte **Herr Föhlinger** den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und CDU auf umgehende Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens zum Durchbau der „Neuen Friedenstraße“, der als Vorlage 502/2016 vorlag.

Herr Barkowsky führte aus, dass er es momentan in Anbetracht der schwierigen Haushaltslage, dem hohen Sanierungsbedarf im Bereich der Straßen sowie der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung in der Stadt nicht als sinnvoll erachte, einen derartigen straßenbauplanerischen Beschluss zu fassen. Seines Erachtens solle sich der neue Rat mit der Thematik befassen.

Im Anschluss hieran ergab sich eine ausführliche Debatte, an der sich die Herren **Barkowsky, Becker, Debring, Föhlinger, Heinemann, Hellwig, Jacques, von den Berg, Walpurgis, Herr Leinert** sowie **Frau Glaser** beteiligten. Thematik bildete u. a. die Verkehrsbelastung in der Schaarreihe und im Wiesenhof. **Herr von den Berg** teilte im Großen und Ganzen die Auffassung von Herrn Barkowsky und legte dar, dass die Grünen den Antrag nicht mittragen werden. Seiner Meinung nach sollte man der beantragten Entscheidung eine Absage erteilen. **Herr Becker** erklärte, dass auch die WBV aus bereits zuvor von den Vorrednern genannten Gründen dazu tendiere, diese frühzeitige Vorlage abzulehnen. **Herr Debring** sprach sich gegen einen Aufschub des Planfeststellungsverfahrens aus und befürwortete den Durchbau. **Herr Hellwig** führte aus, dass es sich seines Erachtens nicht kompatibel gestalte, zum einen ein großes Baugebiet wie Potenburg anzulegen und zum anderen aber nicht für eine entsprechende straßenverkehrstechnische Anbindung Sorge zu tragen. Zu bedenken sei seines Erachtens – auch im Hinblick auf mögliche Fördergelder – die Zeitspanne, die ein Planfeststellungsverfahren in Anspruch nehme und dass ein Planfeststellungsbeschluss beklagt werden könne. Zugleich würden im verfahrensrechtlichen Rahmen des Planfeststellungsverfahrens die betroffenen Bürger einbezogen. Er erachte die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens daher als sinnvoll. **Herr Leinert** verdeutlichte, dass gemäß dem erstellten verkehrstechnischen Gutachten, der Durchbau für geboten, also als wichtig, erachtet werde. Gleichwohl ziehe das Planfeststellungsverfahren nicht den Automatismus zum Bau nach sich. Im weiteren Verlauf des Meinungsaustausches kündigten **Frau Glaser, Herr Heinemann** und **Herr Walpurgis** an, sich der Stimme zu enthalten.

Nach Beendigung der Debatte ließ die Vorsitzende, **Frau Breuer**, über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und CDU auf umgehende Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens zum Durchbau der „Neuen Friedenstraße“ abstimmen.

Beschluss: ~~mehrheitlich~~ abgelehnt bei Stimmengleichheit (Ja: 5 Nein: 5 Enth: 4) -

Die Verwaltung (Dezernat III, Stadtplanung) wird beauftragt, den Durchbau der „Neuen Friedenstraße“ (von der L810 bis zur Friedrich-Paffrath-Str.) zu ermöglichen, indem schnellstmöglich ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet wird.

Im Rahmen des Verfahrens sind alle finanziellen Fördermittel (GVG-Mittel, etc.) auszuschöpfen.

Verwiesen wird hierzu u.a. auf die Vorlagen 66/2012 und 225/2015.

4.5 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und CDU zum Mietvertrag zwischen Stadt Wilhelmshaven (vertreten durch GGS) und dem Förderverein Ruscherei Altengroden e. V. **504/2016**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch die Vorsitzende, **Frau Breuer**, brachte **Herr Föhlinger** den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und CDU zum Mietvertrag zwischen der Stadt Wilhelmshaven (vertreten durch GGS) und dem Förderverein Ruscherei Altengroden e. V. ein.

Frau Hansemann wies darauf hin, dass das Rechnungsprüfungsamt den Antrag bzw. die Vorlage als Gewährung eines Zuschusses an den Förderverein werte. Diesbezüglich sei die Richtlinie zur Zuschussgewährung aus dem Jahr 1994 zu beachten. Im Weiteren erläuterte **Frau Hansemann** die Richtlinie und legte dar, dass seitens der Verwaltung zu prüfen sein werde, welche Unterlagen zur Beurteilung der Zuschussgewährung abzufordern sein werden.

Herr Becker verdeutlichte, dass die WBV der Vorlage zustimmen werde. Zielrichtung sei die Erhaltung des Vereins.

Auf Anfrage von **Herrn Walpurgis**, inwieweit die Verwaltung an der genannten Richtlinie festhalten werde, führte **Herr Stoffers** aus, dass die Richtlinie, auch wenn aus dem Jahr 1994, grundsätzlich anzuwenden sei und erläuterte den rechtlichen Hintergrund.

Herr von den Berg stellte den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag an die Fachausschüsse zurückzuverweisen.

Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zurückverweisung des Antrages an die Fachausschüsse:

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt: Ja: 1 Nein: 12 Enthaltung: 1

Danach ließ die Vorsitzende, **Frau Breuer**, über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und CDU zum Mietvertrag zwischen Stadt Wilhelmshaven (vertreten durch GGS) und dem Förderverein Ruscherei Altengroden e. V. abstimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

In dem Mietvertrag zwischen der Stadt Wilhelmshaven (vertreten durch GGS) und dem Förderverein Ruscherei Altengroden e.V. entfällt die Grundmiete inkl. der Eigenkapitalverzinsung so lange, wie der Förderverein die Ruscherei als Begegnungsstätte für Bürger und Vereine zum Selbstkostenpreis ohne Gewinnerzielung zur Verfügung stellt. Von dem Förderverein werden jedoch die laufend anfallenden Betriebskosten in aktueller Höhe von 240 €/Monat getragen. Die Stadt/GGS erhält zur Überprüfung jährlich Einsicht in die Jahresabschlussunterlagen des Fördervereins.

In den Mietvertrag hat die Verwaltung die Punkte

- a) öffentliche, politische Veranstaltungen nur mit Genehmigung des Vermieters,
- b) für gastronomische Betätigungen ist ein Gewerbe erforderlich, aufzunehmen.

4.6 Antrag der Gruppe UWG/Grüne auf Gewährung eines Personal- und Sachkostenzuschusses für die Selbsthilfekontaktstelle Wittmund-Wilhelmshaven **505/2016**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, rief den Tagesordnungspunkt auf.

Herr von den Berg nahm Bezug auf den als Vorlage vorliegenden Antrag der Gruppe UWG/ Grüne auf Gewährung eines Personal- und Sachkostenzuschusses für die Selbsthilfekontaktstelle Wittmund-Wilhelmshaven. **Herr von den Berg** erklärte, dass sich in den Spitzen der SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, die UWG Wilhelmshaven und in Zusammenarbeit mit der Selbsthilfekontaktstelle und der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven-Friesland auf ein gemeinsam getragenes Konzept zur Existenzsicherung der SEKO und zur langfristigen Sicherung der sozialen Einrichtungen in der Stadt Wilhelmshaven verständigt habe. Die Einigung sei in der letzten Woche Freitag erfolgt. Damit sei die Grundlage des Antrages erledigt. Daher ziehe er den Antrag zurück.

Beschluss: -zurückgezogen-

Die Gruppe Unabhängige Wählergemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen stellt den Antrag, der Selbsthilfekontaktstelle Wittmund-Wilhelmshaven (Gesundheit & Selbsthilfe) einen Personal- und Sachkostenzuschuss in Höhe von **5000 Euro/jährlich** ab dem Haushaltsjahr 2016 zu gewähren.

Begründung:

Die Selbsthilfekontaktstelle ist eine Einrichtung mit vielfältigen Aufgaben im sozialen Bereich. Sie berät und begleitet und koordiniert die vielen Selbsthilfegruppen in unserer Stadt. Die SEKO leistet einen wesentlichen Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung, ist im soziale Bereich tätig und betreut Betroffene. Sie nimmt vielfältige und wichtige Aufgaben wahr, um den ehrenamtlich getragenen Selbsthilfegruppen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Für den Fortbestand der Kontaktstelle ist ein Zuschuss in Höhe von 10000 € jährlich unerlässlich. Der Landkreis Wittmund stellt jährlich 5000 € bereit, macht diesen Zuschuss aber davon abhängig, dass die Stadt Wilhelmshaven die gleiche Summe bezuschusst. Die von sehr vielen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt genutzten Selbsthilfegruppen sind auf den Bestand der Kontaktstelle angewiesen. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, müsste die Selbsthilfekontaktstelle ihren Dienst zum Oktober diesen Jahres einstellen.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Verwaltungsausschuss **19/2016**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

- Keine Wortbeiträge -

- *Beschluss sh. bitte Folgeseite* -

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Sparkasse Wilhelmshaven, Theaterplatz 1, 26382 Wilhelmshaven	2.000,00 €	Geldspende für die Unterstützung der Arbeit der Altenhilfe der Stadt Wilhelmshaven
2. Herr Heinz März, Ahornweg 17, 26434 Wangerland	850,00 €	Spende einer Sitzbank auf der Schleuseninsel
3. Herr Siegfried Poppen, 102 Deergrove Cres, Regina, SK Canada	850,00 €	Spende einer Sitzbank auf der Schleuseninsel

6 Angelegenheiten der Rechnungsprüfung

- Keine -

7 Mitteilungen und Anfragen

- Keine -

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 15:24 Uhr

Wagner
Oberbürgermeister

Breuer
Vorsitzende

Libera-Matull
Protokollführerin